

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

auf Druck der CSU hat Bundesumweltministerin Hendricks letzte Woche ihre unsägliche ‚Bauernregel‘-Kampagne gestoppt und sich bei den Bauern entschuldigt. Das war überfällig, kann aber den entstandenen Schaden nicht mehr aus der Welt schaffen.

Mit verschiedenen Sprüchen wurde den Bauern etwa unterstellt, Tierschutz zu vernachlässigen, Äcker und Grundwasser zu vergiften und die Lebensräume von Wildtieren zu vernichten. So werden überkommene Vorurteile bedient und Feindbilder aufgebaut, die nicht in unsere Zeit passen. Und das auch noch auf Kosten der Steuerzahler. Denn sie sind es, die letztlich für die Millionenkosten von Sprüchen wie „Zu viel Dünger, das ist Fakt, ist fürs Grundwasser beknackt“ aufkommen müssen. Es ging hier eindeutig nicht darum, tatsächlich vorhandene Probleme ernsthaft zu erörtern, sondern einen ganzen Berufsstand auf niedrigstem Niveau zu diffamieren.

Einerseits schwadroniert der Kanzlerkandidat der SPD über Gerechtigkeit und Respekt für hart arbeitende Menschen, andererseits zieht die SPD-Umweltministerin unsere hart arbeitenden Bäuerinnen und Bauern pauschal in den Dreck. Das passt nicht zusammen! Bis heute hat man vom Kanzlerkandidaten dazu kein Wort gehört. Einen Wahlkampf ohne Inhalte werden wir ihm aber nicht durchgehen lassen. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf zu wissen, wofür Herr Schulz steht.

Wir stehen fest an der Seite unserer Bauern und aller hart arbeitenden Menschen. Herr Schulz und die SPD zumindest in diesem Fall offensichtlich nicht!



Dr. Peter Ramsauer MdB



Föderalismus

Zusammenarbeit von Bund und Ländern wird neu geregelt
[> S. 2](#)



Interview mit Stephan Mayer

„Wir wollen den Schutz von Polizeibeamten und Rettungskräften verbessern“
[> S. 4](#)



Bundespräsident

Bundesversammlung wählt Steinmeier
[> S. 6](#)

Weitere Themen

Union setzt Verbesserungen durch
Solide Wirtschaftspolitik bester Schutz gegen Altersarmut
[> S. 7](#)

Berliner Wirtschaftsgespräche
Hasselfeldt: Europa braucht sich vor niemandem zu verstecken
[> S. 8](#)

Verschiedenes
Aus der Landesgruppe
[> S. 9](#)

Folgen Sie uns:



Föderalismus

Zusammenarbeit von Bund und Ländern wird neu geregelt



© picture alliance / chromorange

Nach jahrelangen Diskussionen haben sich Bund und Länder auf eine Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geeinigt. Bayern profitiert dabei besonders. Auch sollen bestimmte Aufgaben neu verteilt werden. Über die weitreichenden Grundgesetzänderungen haben die Abgeordneten am Donnerstag in erster Lesung beraten.

„Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir nicht nur die finanziellen Weichen für unsere föderale Struktur in Deutschland neu stellen, sondern auch die Zusammenarbeit von Bund und Ländern modernisieren“, machte Alois Rainer (CSU) in seiner Rede deutlich. Der Länderfinanzausgleich wird ab 2020 in seiner bisherigen zweistufigen Form abgeschafft: Zukünftig soll nur noch das den Ländern zustehende Umsatzsteuervolumen verteilt werden – in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen Finanzkraft. Die Entflechtungsmittel fallen weg, es erfolgt aber ein finanzieller Ausgleich über einen Umsatzsteuerfestbetrag. Der Bund vergrößert seinen Beitrag: Er wird den Ländern ab 2020 gut 9,7 Milliarden Euro an Ausgleichsleistungen zukommen lassen. Die Zahlungen des Bundes werden jährlich leicht ansteigen, dabei aber unter dem Anstieg seiner Steuereinnahmen bleiben. „Der Bund ist den Ländern finanziell sehr weit entgegengekommen“, stellte Rainer fest. Und: „Ein Stück weit sind die Länder aber auch für ihr eigenes Glück verantwortlich.“

Bayern wird um 1,35 Milliarden Euro entlastet

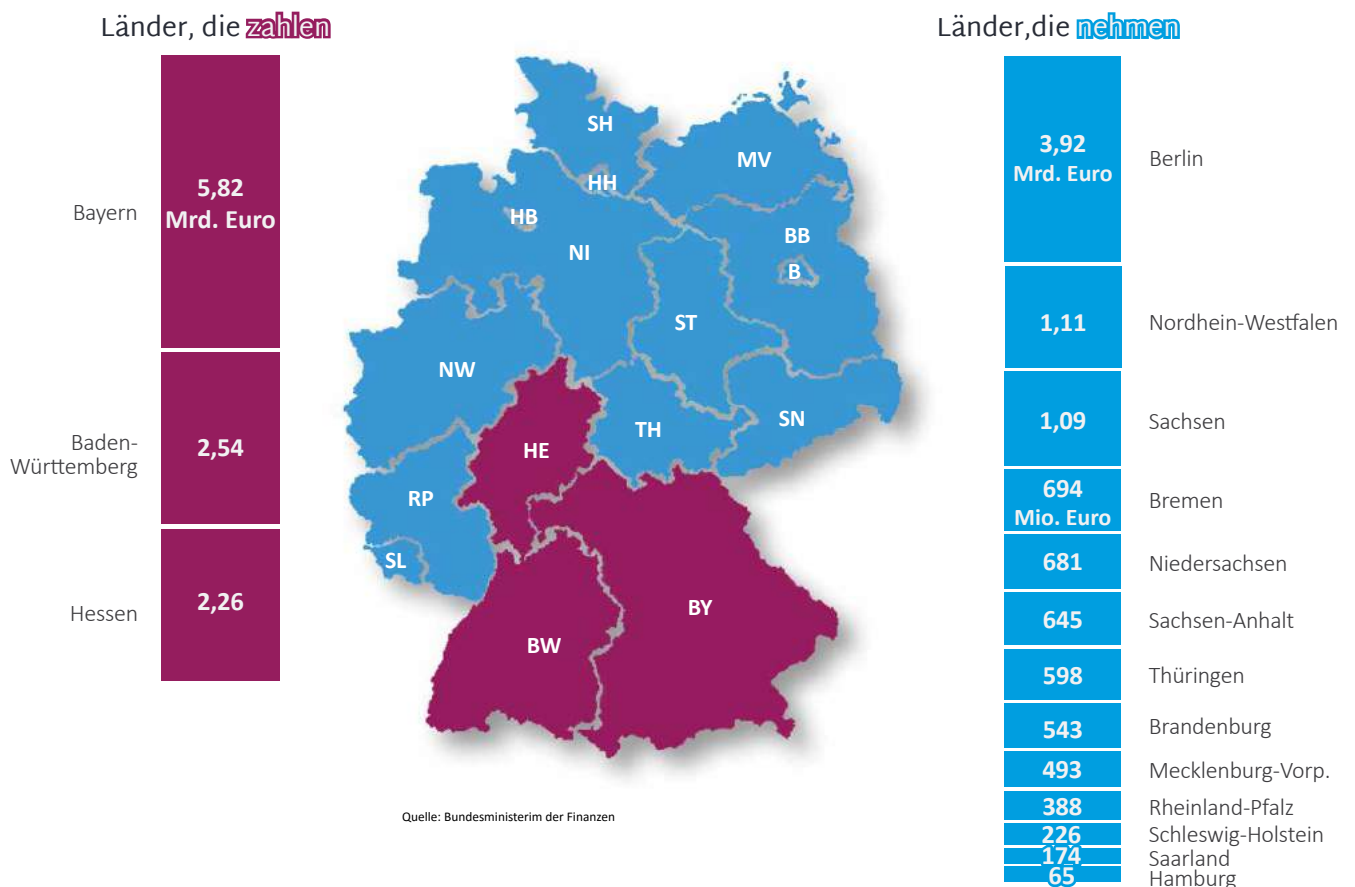
Bayern, als das stärkste Geberland, wird um rund 1,35 Milliarden Euro im Vergleich zum bisherigen Länderfinanzausgleich (s. Grafik) entlastet. Aber auch alle anderen Bundesländer profitieren vom höheren Beitrag des Bundes. Die besonders finanzschwachen Länder Saarland und Bremen sollen Sanierungshilfen des Bundes erhalten, damit sie die Schuldenbremse ab 2020 einhalten können. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene. Der Bund soll bei Finanzhilfen für die Länder Einfluss auf die grundsätzliche Ausgestaltung der Länderprogramme erhalten. Zudem kann er Finanzhilfen für die Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen gewähren.

[> weiterlesen](#)

Reformen in der öffentlichen Verwaltung

Man wolle mit den geplanten Änderungen auch die Strukturen modernisieren, erklärte Rainer. Hierzu sind Reformen vorgesehen, um die öffentliche Verwaltung besser und effizienter zu gestalten. So ist ein zentrales Bürgerportal für öffentliche Online-Leistungen von Bund und Ländern geplant, und in der Steuerverwaltung soll der gleichmäßige Steuervollzug verbessert werden. Zudem soll die Verwaltung der Bundesautobahnen in eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft überführt werden. Hier werde man aber im parlamentarischen Verfahren noch einmal genau hinschauen, stellte Rainer klar: „Denn es darf nicht dazu führen, dass gute Strukturen den Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes zum Opfer fallen“.

Der bisherige Finanzausgleich unter den Ländern Zahler und Empfänger im Jahr 2016 (vorläufige Abrechnung)



Interview

„Wir wollen den Schutz von Polizeibeamten und Rettungskräften verbessern“



© picture alliance / ZB

Härtere Strafen für Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte, ein besserer Informationsaustausch und die elektronische Fußfessel für Gefährder. Der Deutsche Bundestag debattierte in dieser Woche gleich mehrere Maßnahmen für mehr innere Sicherheit. Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erklärt die Verbesserungen im Interview und kündigt weitere Schritte zum Schutz der Bürger an.



© Henning Schacht

Herr Mayer, gleich mehrere Gesetze zur Stärkung der inneren Sicherheit wurden in dieser Woche in den Deutschen Bundestag eingebracht. Worum geht es genau?

Es geht zum einem darum, dass wir den Schutz von Polizeibeamten, aber auch von Rettungskräften verbessern wollen. Es ist eine Unart, dass der Respekt gegenüber Polizisten, aber auch gegenüber Feuerwehrleuten, gegenüber Mitarbeitern des Roten Kreuzes, gegenüber Mitarbeitern des THW immer mehr abnimmt. Ein erheblicher Vorteil wird es außerdem sein, dass

in Zukunft auch die allgemeinen Diensthandlungen geschützt sind. Also nicht nur der Widerstand gegen Vollstreckungsmaßnahmen wird entsprechend unter Strafe gestellt, sondern auch der Widerstand bei allgemeinen Diensthandlungen von Polizisten oder von Rettungskräften.

Ein zweites Gesetz ist das BKA-Gesetz. Worum geht es da?

Bei der Novellierung des Bundeskriminalamtgesetzes geht es vor allem darum, das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 20. April 2016 in deutsches Recht umzusetzen. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass das jetzige BKA-Gesetz in Teilen verfassungswidrig ist. Wir wollen vor allem den Datenschutz stärken. Der Kernbereich privater Lebensgestaltung wird stärker geschützt, aber auf der anderen Seite wird auch der Informationsaustausch mit den Polizeibehörden in anderen europäischen Ländern verbessert. Und drittens stärken wir auch die Zentralstellenfunktion des Bundeskriminalamtes. Nicht zuletzt hat der schreckliche Anschlag in Berlin im Dezember gezeigt, dass der Austausch von Informationen auch innerhalb Deutschlands noch deutlich verbesserungsbedürftig ist. Und wir wollen vor allem das Bundeskriminalamt als Know-How-Behörde im Bereich der IT stärken und insbesondere auch ein einheitliches IT-System aller Polizeibehörden in Deutschland einführen.

Eine Maßnahme ist dabei auch die Einführung der elektronischen Fußfessel für Gefährder. Warum ist das nötig geworden?

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass wir mit sehr vielen Gefährdern in Deutschland konfrontiert sind. Die Zahl nimmt bedauerlicherweise eher zu. Das stellt eine große Herausforderung für unsere Verfassungsschutzämter dar. Allein zur Überwachung eines Gefährders rund um die Uhr benötigt man zwischen 24 und 30 Mitarbeitern. Deswegen ist es aus meiner Sicht mehr als sachgerecht, dass man auch auf elektronische Überwachungsmethoden zurückgreift. Dabei spielt die elektronische Fußfessel eine wichtige Rolle. Und wir schaffen jetzt mit dem Bundeskriminalamtgesetz die gesetzliche Grundlage dafür, dass auch Gefährder mit elektronischen Fußfesseln versehen werden können.

Sicherheit ist ein großes Thema für die Bürgerinnen und Bürger. Viele fühlen sich immer unsicherer. Wie begegnen Sie diesem Gefühl?

Ich habe persönlich sehr viel Verständnis für dieses Unbehagen angesichts der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus, und auch angesichts beispielsweise der deutlichen Zunahme der Wohnungseinbrüche. Gleichwohl lege ich außerordentlichen Wert auf die Feststellung, dass Deutschland vom Grundsatz her ein außergewöhnlich sicheres Land ist. Und wir haben, insbesondere auch auf Druck der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in den letzten zwei Jahren unheimlich viel getan, um sowohl gesetzgeberisch aber auch durch Verbesserung der Stellensituation unsere Sicherheits- und Polizeibehörden besser in die Lage zu versetzen, sich sowohl gegenüber dem islamistischen Terrorismus als auch gegenüber der organisierten Kriminalität besser zur Wehr zu setzen.

Werfen wir einen Blick in die Zukunft. Welche Maßnahmen sind denn noch geplant?

Wir werden uns sehr schnell – auch nach der Verabschiedung der jetzt in den parlamentarischen Verfahren befindlichen Gesetze – über weitere Maßnahmen Gedanken machen. Es geht beispielsweise darum, dass wir einen eigenen Haftgrund für Gefährder schaffen, wie für Personen wie Anis Amri, die ausreisepflichtig sind und von denen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht. Diese Personen müssen auch in Haft genommen werden können. Wir sind darüber hinaus auch der Auffassung, dass insbesondere renitente Personen – Personen also, die ihre Identität verschleiern oder nicht mitwirken bei ihrer Identitätsfeststellung – auch mit räumlichen Beschränkungsmaßnahmen versehen werden können. Es wird in den nächsten Wochen also zügig weitere Verschärfungen im Aufenthaltsgesetz geben.

Bundespräsident

Bundesversammlung wählt Steinmeier

Frank-Walter Steinmeier wurde am Sonntag mit 931 Stimmen zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Er folgt damit auf Joachim Gauck. Steinmeier versprach, Präsident aller Deutschen sein zu wollen. Offiziell wird Steinmeier das Amt am 18. März übernehmen.

Hartmut Koschyk (@koschyk) gratuliert Dr. Frank-Walter Steinmeier zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland bit.ly/2kkdNQd

CSU-Landesgruppe (@csu_bt) Auch von uns Herzlichen Glückwunsch, Frank-Walter #Steinmeier. Er wurde von der #Bundesversammlung zum neuen #Bundespräsidenten gewählt.

CSU-Landesgruppe (@csu_bt) Heute wählt die #Bundesversammlung einen neuen #Bundespräsidenten. Wie die Wahl genau funktioniert? Hier entlang:

Florian Hahn (@hahnflo) Dieser Wagen hat jetzt einen neuen Mitfahrer #Bundesversammlung

Volker Ullrich (@VolkerUllrich) Aus der Geschichte lernen und Verantwortung für Demokratie und Freiheit übernehmen. Starke Rede von Norbert Lammert #Bundesversammlung

CSU-Landesgruppe (@csu_bt) Bundestagspräsident #Lammert hofft, dass auch die nächste #Bundesversammlung noch Platz im Plenarsaal findet! #Wahlrechtsreform #Bundestag

CSU-Landesgruppe (@csu_bt) Die Wahl zum #Bundespräsidenten beginnt. Namen werden in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen. #Bundesversammlung #Bundespräsidentenwahl

CSU-Landesgruppe (@csu_bt) Volles Haus bei der @cducusu: Jetzt Fraktionssitzung mit Frank-Walter #Steinmeier zur #Bundesversammlung.

Andreas Lenz (@DerLenzMdB) #Lammert zeigt gerade nochmal, dass er ein passabler #Bundespraesident gewesen wäre #Bundesversammlung

CSU-Landesgruppe (@csu_bt) Horst #Seehofer ist übrigens heute stv. Vorsitzender der @cducusubt. Er spricht vor unseren Mitgliedern der #Bundesversammlung @CSU

Hans-Peter Friedrich (@HPFriedrichCSU) Fränkische Frauen! Einfach schön! #bundesversammlung

Union setzt Verbesserungen durch Solide Wirtschaftspolitik bester Schutz gegen Altersarmut



© picture alliance/Ulrich Baumgarten

Nur drei Prozent der Rentner leben derzeit von Grundsicherung. Ein flächendeckendes Problem der Altersarmut ist also laut der Statistik nicht vorhanden. Dennoch gilt es, dies wurde in der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag deutlich, den Betroffenen zu helfen.

„Wenn man wirklich daran interessiert ist, Altersarmut in Zukunft zu verhindern, dann muss man in Deutschland gute Jobs schaffen, eine gute Wirtschaftspolitik betreiben“, so Tobias Zech (CSU) bei seiner Rede im Plenum. Denn nicht ein niedriges Rentenniveau oder unterschiedliche Beitragssätze seien laut Armutsbericht Ursache für Altersarmut, sondern beispielsweise eine hohe Arbeitslosigkeit. Und genau dies hat die Union im Blick – und möchte mit einer soliden Wirtschaftspolitik Altersarmut entgegenwirken. Bayern zum Beispiel hat bundesweit die niedrigste Quote. „Wenn man den Menschen einen Rat geben möchte, dann lautet er: Wählen Sie die Union! Das ist die beste Versicherung gegen Altersarmut“, sagte Zech mit einem Schmunzeln.

Beispielsweise habe man die Mütterrente eingeführt und Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente beschlossen. Bereits mit dem Rentenpaket 2014 wurde das Absicherungsniveau von Erwerbsminderungsrentnern deutlich angehoben. Am Mittwoch hat das Bundeskabinett eine zweite merkliche Verbesserung für diejenigen auf den Weg gebracht, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr oder nur noch teilweise erwerbstätig sein können. „Die Betroffenen werden langfristig so gestellt, als ob sie bis 65 Jahre gearbeitet hätten, damit drei Jahre länger als heute. Das ist eine spürbare Verbesserung in Euro und Cent“, erklärte der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Stephan Stracke.

Doch damit nicht genug: Künftig soll es auch eine Versicherungsvorsorgepflicht für Solo-Selbstständige geben, sagte Zech im Plenum. „Es kann nicht sein, dass ich mein ganzes Leben lang arbeite und den Marktpreis zerstöre, weil ich mir die Sozialversicherungsabgaben spare. Das wollen wir nicht. Das ist nicht marktgerecht. Das verhindert nicht nur Marktredlichkeit, sondern auch die richtige Vorsorge für das Alter.“

In diesem Zusammenhang machte Zech deutlich, dass die gesetzliche Rentenversicherung die wichtigste Säule sei. Aber man müsse den Menschen auch sagen: „Ihr braucht die anderen beiden Säulen.“

Berliner Wirtschaftsgespräche

Hasselfeldt: Europa braucht sich vor niemandem zu verstecken



© CSU-Landesgruppe

Die Auswirkungen der Politik von US-Präsident Trump auf Europa, der Brexit und Renationalisierungstendenzen in einigen europäischen Ländern – es waren spannende Themen, die CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt mit den Teilnehmern der Berliner Wirtschaftsgespräche jüngst diskutierte.

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende warb für eine weitere enge Zusammenarbeit mit den USA. Gleichwohl schaue man auch mit Sorgen auf die Politik des neuen US-Präsidenten Trump. Auf jeden Fall sollten die Europäer selbstbewusst gegenüber den USA auftreten: „Wir brauchen uns bei Wirtschaft und Politik vor niemandem zu verstecken.“ Hasselfeldt war Gastrednerin der Berliner Wirtschaftsgespräche im Rahmen der Reihe ‚Europa im Gespräch‘.

Ebenfalls diskutiert wurde der Brexit. Hier sehe man nach der Rede von Premierministerin May nun klarer, so Hasselfeldt. Die Briten wollten den Binnenmarkt und die Zollunion verlassen und sich auch keiner europäischen Gerichtsbarkeit mehr unterwerfen. Die CSU-Landesgruppe habe sich auf ihrer Klausurtagung in Seon dafür ausgesprochen, Großbritannien nicht abzustrafen, sondern weiterhin eine enge Zusammenarbeit anzustreben. Gerade auch in Bayern gebe es zum Beispiel mit der Automobilindustrie enge wirtschaftliche Verbindungen, die es fortzusetzen gelte. Eine Rosinenpickerei Großbritanniens könne man jedoch nicht zulassen.

Die EU müsse sich jetzt auf die großen aktuellen Herausforderungen konzentrieren, erklärte die CSU-Politikerin – auf die Fragen innerer und äußerer Sicherheit, Migration sowie den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Auch die EU-Mitgliedstaaten müssten ihre Hausaufgaben bei der Wettbewerbsfähigkeit machen.

Die Runde schloss ab mit einer Debatte über Deutschlands Rolle in Europa und mögliche künftige Schwerpunkte zur Förderung des Zusammenhalts in der EU.



AG Brexit gegründet

„Deutschland ist wirtschaftlich und politisch wie kaum ein anderes Land in der EU vom Austritt der Briten aus der Gemeinschaft betroffen“, machte Hans-Peter Friedrich (CSU) bei der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Brexit deutlich, die die CDU/CSU-Fraktion neu ins Leben gerufen hat. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Friedrich wird die AG leiten.

In der AG Brexit beraten Fachpolitiker der Unionsfraktion aus allen Politikbereichen die Fragen, die sich aus dem geplanten EU-Austritt der Briten ergeben. Die CDU/CSU-Fraktion wird in allen Einzelfragen Positionen beziehen und dazu in allen Bereichen auch breite externe Expertise nutzen.

Dokumentation zur Klausurtagung

Alle Beschlüsse und Gesprächsrunden zum Nachlesen – im Nachgang zu unserer Klausurtagung in Kloster Seeon Anfang Januar haben wir eine Dokumentationsbroschüre mit dem Titel „Wir stehen für Stabilität und Sicherheit“ erstellt. Auf 90 Seiten sind die Gespräche mit unseren Gästen sowie alle Beschlüsse zusammengestellt. Sie können die Dokumentation unter bab@cducsu.de bestellen oder auf der Webseite der CSU-Landesgruppe unter www.csu-landesgruppe.de/csu-publikationen herunterladen.



Folgen Sie uns auf Twitter

Neueste Informationen, aktuelle Grafiken, Statements von unseren Abgeordneten – all das finden Sie auf unserem Twitter-Kanal [csu_bt](https://twitter.com/csu_bt).



Folgen Sie uns und bleiben Sie auf dem Laufenden über die CSU-Landesgruppe in Berlin.



Impressum

Herausgeber:
Max Straubinger MdB
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
internet: www.csu-landesgruppe.de
Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
E-Mail: bab@cducsu.de
Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Henning Schacht

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.